„Klage der Grünen wundert mich nur“

BIG-Aufsichtsratsvorsitzender Josef Hattig und Geschäftsführer Ulrich Keller: Genügend Informationen

Die Bremer Investitions-Gesellschaft mbH (BIG) betreibt im Auftrag des Staates Wirtschaftsförderung. Dazu hat sie sich sozusagen hoheitliche Rechte geliehen. Wie berichtet, halten die Grünen das entsprechende Gesetz für verfassungswidrig: Es beschneide die Rechte der Bürgerschaft. Wieviel Einblick muss und kann die BIG Abgeordneten gewähren? Das beantworten der BIG-Aufsichtsratsvorsitzende und CDU-Wirtschaftssenator Josef Hattig und der BIG-Geschäftsführer Ulrich Keller unserer Redakteurin Silke Hellwig.

Ärgert Sie, dass sich die Grünen ausgerechnet am Beispiel der BIG gegen Privatisierungen stemmen?

Josef Hattig: Das nicht, ich wundere mich nur. Und ich halte die Klage für völlig unbegründet: Die Abgeordneten entscheiden über den Haushalt. Damit stellen sie allein die strategischen Weichen. Die BIG ist nur dazu da, den Zug in die von ihnen bestimmte Richtung rollen zu lassen.

Die Ressorts können nicht rollen lassen?

Hattig: Die BIG ist das Ergebnis der negativen Erfahrungen aus der Ampel-Koalition. Wir mussten neue Organisationsformen finden – privatrechtliche Gesellschaften wie die BIG. Sie bietet Service aus einer Hand, um Investoren für das Sanierungsland Bremen zu gewinnen. Dazu ist Handlungsspielraum nötig, den die Verwaltung so nicht hat. Das haben inzwischen alle Länder erkannt – und genau wie wir GmbHs gegründet.

Sie reden von Handlungsspielraum, andere nennen es Eigenleben.

Hattig: Wie man es auch immer nennt – Fakt ist, dass das Beleihungsgesetz politisch gewollt war, und zwar auch von der SPD. Es wird von einem ausgereiften Regelwerk begleitet, mit dem über Investitionen entschieden wird. Daran halten wir uns.

Was die BIG umsetzt, ist klar geregelt, nicht aber, wie sie es tut.

Keller: Das Wie machen die Controllingberichte deutlich. Sie werden drei Mal im Jahr vorgelegt. Damit verfügen die Abgeordneten über eine Informationsdichte, die die Verwaltung niemals liefern konnte.

Was kann man in den Berichten lesen?

Keller: Alles.

Zwei Männer, eine Gesellschaft (Bremer Investitions-Gesellschaft), eine Meinung: Laut Josef Hattig (BIG-Aufsichtsratsvorsitzender) und Ulrich Keller (BIG-Geschäftsführer) bekommen die Abgeordneten Informationen in einer Dichte wie nie zuvor. Foto: Jochen Stoss

. . . wenn man Betriebswirtschaftler ist.

Keller: Die Fülle von Daten ist freilich schwer zu verdauen. Aber an den Berichten wird gefeilt. Sie sollen die zugegebenermaßen komplizierten Vorgänge künftig noch verständlicher darstellen.

Das gilt nicht für Geschäftsgeheimnisse – wie das Gehalt des Geschäftsführers.

Hattig: Solche Auskünfte unterliegen dem Datenschutz.

Senatorenbezüge nicht.

Hattig: Die Verwaltung befindet sich auch nicht im Konkurrenzkampf. Aber die BIG. Deshalb müssen bestimmte Dinge diskret behandelt werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass Geschäftsstrategien der BIG oder Geschäftsdaten potenzieller Investoren auf dem Marktplatz diskutiert werden.

Wie sieht die Kontrolle bei selbstständigen Kompetenzen aus? Wie bei Krediten?

Keller: Wie alle anderen Gesellschaften hat die BIG einen Aufsichtsrat. Er entscheidet nicht nur über Wirtschaftspläne und Prüfberichte, sondern auch über Großkredite. Im BIG-Aufsichtsrat ist jede Fraktion mit einem Abgeordneten vertreten.

Hattig: Das ist das eigentliche verfassungsrechtliche Problem: In einem Stadtstaat von der Größe Bremens kann die Verwaltung massiven parlamentarischen Eingriffen ausgesetzt sein. Die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten dürfen sich aber nicht vermischen.

Sie könnten ja auch vor den Staatsgerichtshof ziehen . . .

Hattig: Parlamentarische Aufsichtsratsmandate sind Willen des Senats. Sie müssen aber nicht nur als Kontroll-, sondern auch als Beratungsinstrument verstanden werden. Im übrigen ist der Umfang parlamentarischer Mitwirkung keine Erfolgsgarantie. Das haben wir leider beim Zusammenbruch des Bremer Vulkan erleben müssen: Das Engagement des Landes wurde parlamentarisch umfassend begleitet.

Stadtumschau

Mit einem Bürgerfest soll am kommenden Sonnabend der Anstich des Hemelinger Tunnels gefeiert werden. Damit wollen Bausenatorin Tine Wischer und die Bremer Gesellschaft für Projektmanagement im Verkehrswegebau die Hemelinger ein wenig für die erduldeten Belastungen entschädigen. Beginn ist um 11 Uhr. Neben umfangreichen Informationen über Bautechnik und Bauabwicklung wird für einen Imbiss, Getränke und Musik gesorgt. **Das Konzert von Lucky Dube** am kommenden Sonnabend im „Modernes“ fällt aus. Der Veranstalter teilt mit, dass es am Sonntag, 19. November, stattfinden soll.

Um Feng Shui – Wohnen im Einklang mit der Natur – geht es in einem Vortrag, den der Verein Ökologiestation, Am Gütpohl 11, heute anbietet. Die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr.

Probleme nach einem Trauerfall können in einer Trauergruppe besprochen werden, die das Hospiz Horn anbietet. Die Gruppe trifft sich vom 13. Oktober bis 1. Dezember jeweils freitags von 16 bis 18 Uhr. Die Kosten betragen 160 Mark. Anmelden kann man sich beim Verein Hospiz Horn, Horner Heerstraße 28, 28359 Bremen.

Wie aus Holz Humus wird können Fünf- bis Elfjährige bei einem Ausflug lernen, den die ULE-Umwelt-Lernwerkstatt am morgigen Freitag veranstaltet. Treffpunkt ist um 15 Uhr bei der Lernwerkstatt, Stiftungsweg 4 (auf dem Gelände der Egestorff-Stiftung).

Zug fuhr gegen einen Lastwagen

(rog) Glück im Unglück hatte ein 42-jähriger Lastwagenfahrer, dessen Wagen am Dienstagnachmittag in Oslebshausen mit einem Zug der privaten Hafenbahn zusammenstieß. Der Lkw wurde am Übergang in der Hüttenstraße gegen einen Zaun gedrückt und walzte diesen nieder. Der Fahrer kam mit leichten Verletzungen und einem gewaltigen Schrecken davon. Nach Auskunft der Polizei hatte der Fahrer, nachdem er die Schranke per Hand hochgekurbelt hatte, offensichtlich nicht bemerkt, dass sich ihm langsam ein Zug genähert hatte und war angefahren. Der Schaden wird auf rund 30 000 Mark geschätzt.

Noch eine Gesellschaft mit geliehenen Rechten

Landtag diskutierte Beleihungsgesetz für die Bremen Arbeit GmbH / Grüne fordern „Besinnungspause“

Von unserer Redakteurin
Silke Hellwig

Die Bremer Investitions-Gesellschaft (BIG) ist nach Einschätzung der Grünen ein Beispiel, die Bremen Arbeit GmbH ein anderes: Gestern wurde ein so genanntes Beleihungsgesetz für die neue Gesellschaft beschlossen. Die Grünen, die – wie berichtet – gerade wegen dieser Gesetze den Staatsgerichtshof anrufen wollen, hatten beantragt, den Beschluss zu vertagen.

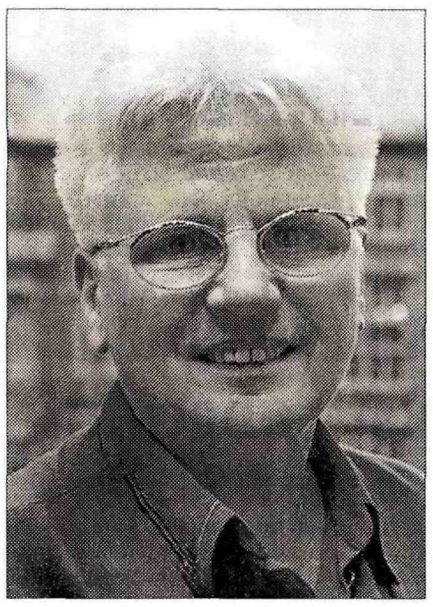
Der Eigenbetrieb Werkstatt Bremen soll zum 1. Januar 2001 in die GmbH verwandelt werden, um für „Arbeitsmarktpolitik aus einer Hand“ zu sorgen. Mehrere Anlaufstellen – unter anderem das Arbeitsressort – werden dazu zusammengefasst.

Mit der neuen GmbH, sagte die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Karoline Linnert, „wird neben der BIG ein neuer großer Machtbereich mit einem sehr großen Finanzvolumen geschaffen“. Damit bestehe die Gefahr, dass auch diese Gesellschaft „ein ungeregeltes Eigenleben führt“ und das Parlament entmachte. Auch ein parlamentarisches Aufsichtsratsmandat ändere daran nichts. Linnert: „Als Aufsichtsratsmitglied ist man ausschließlich dem Wohl des Unternehmens verpflichtet. Als Abgeordnete fühle ich mich aber dem Wohl Bremens und der Bürger verpflichtet. Und die Interessen der BIG sind nicht deckungsgleich mit denen der Bremer. Diesen Widerspruch kann man nicht kleinreden.“

Die Grüne fordert die Abgeordneten auf, „eine Besinnungspause einzulegen“, statt „blindwütig“ zu privatisieren. Gerade die SPD könne beweisen, wie ernst es ihr mit ihren Forderungen nach lückenloser Information sei. Die SPD wollte nichts beweisen. Frank Pietrzok erklärte, es gebe Gründe für die Klage der Grünen. Auch die SPD werde weiterhin hartnäckig einfordern, dass die politische Begleitung der Gesellschaften gewährleistet werde. „Wir sind dafür sensibilisiert.“ Allerdings sei das Thema Arbeit „nicht das richtige Thema, um die Grundsatzdebatte zu führen“.

Die CDU konnte die Bedenken der Grünen überhaupt nicht teilen. Brigitte Dreyer sagte, die Gesellschaft sei dazu da, Arbeitssuchenden den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Dafür müssten Organisationsstrukturen geschaffen werden, die den Anforderungen gerecht werden. Eben das sei eine GmbH.

Auch Arbeitssenatorin Hilde Adolf warb noch einmal für die neue Struktur. „Sie bringt uns nach vorne.“ Unabhängige Gutachter hätten die Rechtsform der Gesellschaft als die vorteilhafteste empfohlen. Adolf: „Ich möchte, dass parlamentarische Kontrolle nicht nur negativ aufgefasst wird, sondern auch als Begleitung. Wir wollen Mitwirkung.“



Anna Absolon – parlamentarisch und ehrenamtlich für Senioren da. Foto: Frank Koch

Gestatten, Anna Absolon

Neue Abgeordnete der CDU

Von unserem Redakteur
Wigbert Gerling

Acht Kinder, zehn Enkelkinder, drei Urenkelkinder, ein Sitz im Parlament: vier Daten zu Anna Absolon (CDU). Für die Christdemokratin ist es die erste Legislaturperiode im Hohen Haus, aber sie ist nicht neu in der Politik. In der Partei ist die 62-jährige Pensionärin schon seit 1974.

Der parlamentarische Betrieb war Anna Absolon schon längst nicht mehr fremd, als sie nach den Wahlen frisch in die Bürgerschaft einzog. Die gelernte Schiffsmaklerin war zuvor bereits Deputierte mit den Schwerpunkten Häfen/Fischerei. Und eigentlich rechnete sie vor den letzten Wahlen auch eher damit, dass es dabei bleibt. Aber dann war das CDU-Ergebnis doch so, dass ihr Listenplatz 38 für den Einzug ins Parlament reichte. Dort arbeitet sie nun im Landeshafenausschuss und in der Deputation für Inneres. Die Senioren liegen ihr ohnehin am Herzen – parlamentarisch, aber auch außerparlamentarisch. Beispiel: Trotz der großen Familie und aller Verpflichtungen als Abgeordnete übernimmt sie Dienste in einer Alteneinrichtung, ehrenamtlich. Und in Bremen-Nord hat es Tradition, dass, gestützt auf ihr Engagement, einmal im Jahr alle mobilen Senioren aus Altenheimen in der „Strandlust“ zu Kaffee und Kuchen zusammenkommen.

Viele Menschen ist die Mutter, Groß- und Urgroßmutter ohnehin gewohnt. Wenn sie im engsten Familienkreis feiert, sind 32 Personen bei ihr zu Haus'.

Den Dom wieder zu einem Ort der würdigen Stille gemacht

Hans-Henry Lamotte zieht sich aus dem Dienst an St. Petri zurück

Wenn Hans-Henry Lamotte heute Abend den Vorstandsvorsitz der „Stiftung Bremer Dom“ niederlegt, dann nimmt er Abschied von fünf Jahrzehnten öffentlichem Wirken für Bremens zentralstes Gotteshaus. Punkt. Das erlaubt allerdings nicht den Umkehrschluss, dass Lamotte damit den Dom, dessen Restaurierung er als Bauherr über zwanzig Jahre lang geplant und schließlich realisiert hat, ad acta legt. Der Bremer Kaufmann und überzeugte Familienvater Lamotte („Ich habe 18 Enkelkinder“) widmet sich der Kathedrale auch in Zukunft. Er schreibt an einer Dokumentation der Restaurierung. „Ich bin ja einer der letzten, der von bestimmten Dingen und Zusammenhängen noch weiß.“

Rückblende. Hans-Henry Lamotte kommt als junger Mann aus dem Krieg zurück; seine Heimatstadt Bremen – und die

Menschen in Bremen

elterliche Firma – liegen in Trümmern. Schlimmer noch: Er hatte zwar den Krieg überlebt, jedoch seine drei Brüder verloren. Damals festigte sich in ihm der Wille, nicht nur sein eigenes Schicksal erfolgreich in die Hand zu nehmen, sondern auch der Allgemeinheit zu dienen: „Ich hatte ja gerade erfahren, wohin es führt, wenn ein ganzes Volk seine Religiosität verliert. Übrigens das nicht nur in Deutschland.“

Der Mann, der Ruinensteine putzt, um seine erste kleine Lagerhalle aufbauen zu könnnen, wird 1950 Diakon im Dom. Er fühlt sich der Gemeinde verpflichtet, zu der schon sein Urgroßvater gehörte und in der auch sein Vater Diakon war. Der Dom ist damals wie vieles in der Stadt vom Krieg schwer gezeichnet. Die ersten Nachkriegs-Dombauherren tun, was mit den geringen Mitteln möglich ist – doch es muss zunächst beim Allernotwendigsten bleiben.

Hans-Henry Lamotte ahnt damals noch nicht, welche Aufgabe das Schicksal für ihn bereit hält. Er kritisiert irgendwann Jahre später die Entscheidung, die Ausmalung des Westchors zu überkalken: „Ich habe das zwar unter Freunden, aber dennoch mit allem Nachdruck beklagt.“ Der Konter folgt auf dem Fuße. Nach dem Motto „wenn du es besser weißt, dann kannst du es ja nun selber versuchen“, wurde Hans-Henry Lamotte 1965 zum Bauherrn des Bremer Doms gewählt. 25 Jahre sollte er dieses Amt inne behalten – eine Zeitspanne, in der der Dom mit einer millionenschweren Restaurierung und Grundsanierung weltweit kunsthistorische Schlagzeilen macht und nicht nur zu seinem einstigen Glanz, sondern auch zu neuer Würde zurück findet. Lamotte hatte dabei viele verlässliche Weggefährten, insbesondere den Dombaumeister Friedrich Schumacher. Die Beigaben, die man in den als „sensationelle Entdeckung“ gefeierten Gräbern der Erzbischöfe fand, liegen heute im neuen Dom Museum (inzwischen auch schon wieder 13 Jahre alt); der Bleikeller wurde „ausgelagert“ und kann heute besucht werden, ohne die Stille der Kirche zu stören.

Die Stille der Kirche, die Würde eines Gotteshauses – Hans-Henry Lamotte hält einen Ruhepunkt inmitten der lauten Welt für

Hans-Henry Lamotte.

äußerst wichtig. Er ist nicht der Mann, der seinen Nachfolgern gute Ratschläge erteilen würde – aber einen Herzenswunsch wird er äußern dürfen: „Wahren Sie die Würde des Doms. Dulden Sie keinen hässlichen Nagel in der Wand, nur weil er praktisch ist. Sonst ist man schnell wieder bei den vielen unglaublichen Scheußlichkeiten, die wir mit den Jahren entfernen konnten und von denen man heute nichts mehr weiß, weil man sie nicht mehr sieht. Sakralität geht vor Praktikabilität. Es muss Tabus für die ‚Nützlichkeit' geben.“

Als neuer Vorstandsvorsitzender der Stiftung stellt sich heute Abend Dr. Detlev Gross zur Wahl. Ute Hellwege

Bürgerschaft kurz und bündig

Abgeschoben

Bis zum Stichtag 30. September sind 24 Personen abgeschoben worden, die nachweislich „nicht staatenlose Kurden aus dem Libanon sind, sondern tatsächlich die türkische Staatsangehörigkeit besitzen“. Dies erklärte gestern im Parlament CDU-Innensenator Bernt Schulte auf eine Frage, die vom christdemokratischen Abgeordneten Rolf Herderhorst vorbereitet worden war. Laut Senator arbeiten in der Ausländerbehörde seit September drei zusätzliche Mitarbeiter, „deren Aufgabe ausschließlich die Bearbeitung dieser Fälle ist“. Diese Bediensteten, so betonte der christdemokratische Chef des Innenressorts, sollten zu einer „erheblichen Beschleunigung der Verfahren“ beitragen.

Lösungsansätze

Bisher gibt es „kein großtechnisch umsetzbares Behandlungsverfahren“ zur Reinigung von belastetem Baggergut. Dies erklärte SPD-Umweltsenatorin Christine Wischer gestern in der Bürgerschaft. Die grüne Abgeordnete Karin Mathes hatte das Thema in der Fragestunde des Landtags zur Sprache gebracht. Die Ressortchefin erklärte, es gebe zwar „Lösungsansätze“ – aber die denkbaren technischen Verfahren seien „noch im Entwicklungsstadium“ und allenfalls „mittelfristig verfügbar“.

Bremer Bewerbung

Bonn 2000, Berlin 2001, Bremen 2002? Im kommenden Jahr soll der „Wissenschaftssommer“ an der Spree ausgerufen werden, aber noch steht in den Sternen, ob im Jahr darauf die Hansestadt als Schauplatz auserkoren wird. Der grüne Abgeordnete Hermann Kuhn erkundigte sich gestern im Parlament, ob sich Bremen um die Ausrichtung dieser Veranstaltung kümmere, die von Wissenschaftsorganisationen und vom Bundesforschungsministerium gefördert werde. SPD-Wissenschaftssenator Willi Lemke erklärte, bereits im April dieses Jahres habe die Universität ihr Interesse angemeldet. Im Juli habe dann auch der Präsident des Senats eine Bewerbung an die Bundesministerin für Bildung und Forschung gerichtet. Lemke: „Diese beiden Initiativen sind grundsätzlich positiv aufgenommen worden.“ wig